

Washington News

Nr. 8 vom 28. Februar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **USTR zu Handelsgesprächen mit China**
- **Wirtschaftsausblick der Federal Reserve**
- **Administration und Gouverneure besprechen Infrastruktur**
- **US-Markt für Baumaschinen bleibt 2019 interessant**
- **US-Wirtschaftsverbände unterstützen USMCA**
- **Negative Auswirkungen durch Autozölle und NAFTA-Ausstieg**
- **Sicherheit importierter Lebensmittel**

Diese Woche in Washington

Mit 245 zu 182 Stimmen hat das Repräsentantenhaus eine Resolution verabschiedet, die den von Präsident Trump ausgerufenen nationalen Notstand rückgängig machen würde. 13 republikanische Abgeordnete schlossen sich der Initiative der Demokraten an. Über den nationalen Notstand versucht das Weiße Haus, Mittel für den Mauerbau entlang der mexikanischen Grenze – ohne Zustimmung des Kongresses – freisetzen zu können. Der Senat hat nach Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus 18 Tage Zeit, über die Resolution abzustimmen. Im Senat müssten vier Republikaner mit allen 47 Demokraten stimmen, um den nationalen Notstand aufzuheben. Präsident Trump hätte dann die Möglichkeit sein Veto einzulegen.

Das *American Iron and Steel Institute* hat eine Statistik vorgelegt, wonach das Auslastungsniveau der heimischen Stahlindustrie von 76 Prozent im April des Vorjahres auf heute über 80 Prozent gestiegen ist. Dieses Niveau nötig, um die Stahlindustrie langfristig wirtschaftlich zu betreiben. Der Wirtschaftsberater im Weißen Haus Kevin Hassett erklärte den Anstieg des Auslastungsniveaus mit den von der Trump-Administration eingeführten Stahl- und Aluminiumzöllen.

Zwei Anhörungen im Repräsentantenhaus und im Senat haben sich mit der Frage eines nationalen Datenschutzgesetzes befasst. Laut der Vorsitzenden des Unterausschusses für Verbraucherschutz Jan Schakowsky (D-IL) hätte die Selbstverpflichtung der Industrie, die Daten von US-Verbrauchern wirksam zu schützen, bislang nicht funktioniert. Ein umfassendes bundesweites Datenschutzgesetz sei daher notwendig. Es bleibt umstritten, ob ein solches Gesetz die Datenschutzgesetze einzelner Bundesstaaten – z.B. Kalifornien – ersetzen sollte. (cs/ch)

Kurzmeldungen

US- Wirtschaftsverbände unterstützen USMCA

Angeführt von der *US Chamber of Commerce* haben mehr als 200 Interessenvertreter und Firmen die Verabschiedung des Handelsabkommens zwischen den USA, Mexiko und Kanada (USMCA) gefordert. Die [USMCA Coalition](#) will nach eigenen Angaben nicht nur die Gespräche mit dem US-Kongress intensivieren sondern auch die Bevölkerung mit einer breit angelegten Informationskampagne über die Vorteile des Abkommens informieren. (cs)

Negative Auswirkungen durch Autozölle und NAFTA- Ausstieg

USTR zu Handelsgesprächen mit China

In einer [Anhörung](#) vor dem *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus bestätigte der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer die Fortschritte bei den Handelsgesprächen mit China. Von einem Abschluss sei man aber noch entfernt. Um Zeit zu gewinnen, werde die ursprünglich auf den 2. März festgelegte Frist zur Beendigung der Gespräche bis auf weiteres verschoben, so Lighthizer. Damit kommt es vorerst nicht zu einer Anhebung der Zölle auf chinesische Importe in Höhe von 200 Milliarden US\$ (Liste 3). Lighthizer würdigte die überparteiliche Zusammenarbeit des Kongresses bei Handelsfragen mit China und die Kritik von Nancy Pelosi (D-CA), Sprecherin des Repräsentantenhauses, an Chinas WTO-Mitgliedschaft.

Lighthizer betonte, dass sich die Administration mit einem Versprechen Chinas, mehr US-Güter zu kaufen, nicht zufriedengeben werde. Ein Übereinkommen müsse strukturelle Veränderungen enthalten, insbesondere beim Umgang mit geistigem Eigentum und dem Technologietransfer. Wichtig sei außerdem die Durchsetzbarkeit. Dazu gehöre auch die Option, im Falle einer Regelverletzung durch China, unilaterale Maßnahmen wie Zollanhebungen zu verhängen. Eine Verabschiedung der Verhandlungsergebnisse durch den US-Kongress werde nicht notwendig sein, da es sich nicht um ein formelles Abkommen handeln werde.

Die hochrangigen Mitglieder des Ausschusses Kevin Brady (R-TX) und Vern Buchanan (R-FL) befürworteten ein härteres Vorgehen gegen China, äußerten zugleich aber Bedenken wegen wirtschaftlicher Nachteile für US-Importeure. Auch andere Abgeordnete berichteten von negativen Auswirkungen des Handelsstreits auf die Wirtschaft ihrer Wahlkreise, insbesondere Steven Horsford (D-NV), Terri Sewell (D-AL) und George Holding (R-NC). Der Ausschussvorsitzende Richard Neal (D-MA) äußerte seine Unterstützung für einen durchsetzbaren Deal mit China. (kw)

Wirtschaftsausblick der Federal Reserve

Jerome Powell, der Vorsitzende der US-Notenbank (*Fed*), hat auf Grundlage des jüngsten [Halbjahresberichts zur Geldpolitik](#) der *Fed* im Senat und Repräsentantenhaus über die aktuelle Wirtschaftslage, Konjunkturaussichten, Zinspolitik und die Finanzmarktregulierung berichtet. Laut Powell sei die US-Wirtschaft gesund und die Aussichten positiv. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA sei letztes Jahr um knapp 3% gestiegen. Erhöhte Konsumausgaben, steigende Geschäftsinvestitionen, Beschäftigungs- und Lohnsteigerungen, Optimismus bei Haushalten und Unternehmen sowie fiskalpolitische Maßnahmen hätten zum Wachstum des vergangenen Jahres beigetragen. Durchschnittlich seien 223.000 Arbeitsplätze pro Monat im vergangenen Jahr geschaffen worden.

Powell warnte aber auch vor wachsenden negativen Anzeichen. Die Finanzmärkte seien Ende letzten Jahres volatil geworden. Die Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums sei derzeit der größte Risikofaktor für die US-Wirtschaft. Bedenklich seien das langsamere

Laut einer [Umfrage](#) der *National Association for Business Economics* rechnen 86% der 281 befragten Betriebswirtschaftler mit negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, sollten *Section 232*-Autozölle eingeführt werden. Einen NAFTA-Ausstieg der USA bewerten 68% als negativ. (kw)

Sicherheit importierter Lebensmittel

Die *Food and Drug Administration* (FDA) hat eine neue [Strategie](#) für die Sicherheit importierter Lebensmittel vorgelegt. Die USA importieren zirka 15% ihrer Lebensmittel; in bestimmten Kategorien ist der Prozentsatz jedoch deutlich höher. Laut FDA werden rund 32% des Gemüses, 55% des Obsts und 94% der Meeresfrüchte eingeführt. Die Strategie wird von vier Zielen geleitet: (1) Striktere Durchsetzung bestehender Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit, (2) genauere Grenzüberwachung zur Verhinderung der Einfuhr unsicherer Lebensmittel, (3) zügige Maßnahmen gegen als unsicher klassifizierte Lebensmittelimporte und (4) die Umsetzung eines effizienten Importprogramms. (ch)

Wirtschaftswachstum in China und Europa, die Unsicherheit, ob die Handelsgespräche zwischen Washington und China zum Erfolg führten sowie der Brexit. Bei Entscheidungen zu weiteren Zinserhöhungen werde die *Fed* weiterhin bedächtig vorgehen, so Powell. (ch)

Administration und Gouverneure besprechen Infrastruktur

Gouverneure aus 48 Bundesstaaten kamen am vergangenen Wochenende in Washington zu ihrem jährlichen Wintertreffen zusammen. Ein Schwerpunktthema war die Erneuerung und der Ausbau der alternden Infrastruktur in den USA. Während eines Treffens im Weißen Haus forderte US-Präsident Donald Trump die Gouverneure dazu auf, mit den Kongressabgeordneten und Senatoren ihrer jeweiligen Staaten zusammenzuarbeiten, um eine Finanzierung für ein umfassendes Infrastrukturpaket zu finden. An dem Treffen nahmen auch Verkehrsministerin Elaine Chao und Wirtschaftsminister Wilbur Ross teil. Der Gouverneur von Wisconsin, Tony Evers (D), sagte, Präsident Trump sei von seiner ursprünglichen Idee abgerückt, Infrastrukturmaßnahmen als *Public-Private Partnerships* zu finanzieren. Inzwischen favorisiere er eine klassische Lösung, die den Einzelstaaten direkt zweckgebundene Bundesmittel zur Verfügung stellt. Aus dem Büro der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) heißt es, dass derzeit an einem entsprechenden Entwurf gearbeitet werde. Dieser solle bis Mai im Plenum vorgelegt werden.

Gleichzeitig fanden diese Woche im Repräsentantenhaus mehrere Anhörungen zum Thema Infrastruktur statt, unter anderem zum Schutz der Verkehrsinfrastruktur vor Cyberangriffen, den Auswirkungen der Bundesverkehrspolitik auf das Klima und welche Möglichkeiten bestehen, den Schienenverkehr effizienter zu gestalten. (cs)

US-Markt für Baumaschinen bleibt 2019 interessant

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Hersteller von Baumaschinen können sich weiterhin auf florierende Geschäfte in den USA einrichten. Die Baukonjunktur läuft, die Produktion und Auslieferung bestimmter Maschinenarten können der Nachfrage nicht mehr folgen – so mancher Käufer muss bis zu neun Monate auf seine Maschine warten. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

